

„Chance für mehr Mieterschutz vertan“

Lüneburg/Berlin. Die grüne Bundestagsfraktion hatte jetzt im Bundestag eine Nachschärfung der Mietpreisbremse vorgelegt, ist damit aber gescheitert. Die Lüneburger Grünen-Abgeordnete Dr. Julia Verlinden wertet es als verpasste Chance eines effektiven Mieterschutzes. „Seit vier Jahren versprechen Union und SPD den Mietern in Deutschland, dass sich etwas ändert. Doch statt die außer Kontrolle geratenen Wohnungsmärkte wieder ins Gleichgewicht zu bringen, blockiert die Union den Mieterschutz, wo es nur geht“, sagt sie.

Studien hätten belegt, dass die Mietpreisbremse faktisch wirkungslos sei. „Deswegen haben wir zwei Gesetzentwürfe eingebracht. Damit hätte in dieser Legislaturperiode noch etwas für Mieter erreicht werden können.“ Doch auch die Lüneburger Abgeordneten Eckhard Pols (CDU) und Hiltrud Lotze (SPD) hätten gegen die Vorschläge gestimmt.

Die aktuelle Rechtslage schaffe den Anreiz, bei einem Mieterwechsel möglichst hochpreisig zu modernisieren, weil die Wohnung dann nicht mehr unter die Mietpreisbremse fällt. „Das wollten wir verhindern“, sagt Verlinden. „Unser zweiter Gesetzentwurf beendet die Rügepflicht für die Mieter. Die Betroffenen sollen nicht erst in einen Rechtsstreit gehen müssen, um ihr Recht auf eine begrenzte Miete durchzusetzen.“ lz